

Zur allgemeinen politischen Lage in Peru

Juli 2022: Naturkatastrophen beuteln das Land, Erdbeben im peruanischen Hochland zerstören über 150 Häuser und Waldbrände bis an Machu Picchu heran halten Rettungsleute in Atem.

Die politische Krise um Präsident Pedro Castillo verschärft sich. Er ist weitgehend isoliert und geschwächt, die extreme Rechte treibt ihre Putschpläne voran. Der Kongress wird von der extremen Rechten dominiert, was die Handlungsfähigkeit des Präsidenten sehr einschränkt. Auch die großen Medien stehen nicht auf Seiten des Präsidenten. Verantwortung dafür trägt aber auch der Präsident selbst, seine Politik wird als untätig und orientierungslos wahrgenommen, er ist mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert und seine eigene Regierungspartei spaltet sich in verschiedene Lager. Auch die Vizepräsidentin Dina Boluarte wird angegriffen, die extreme Rechte bezeichnet sie als unfähig und versucht sie ihres Amtes zu entheben, eine verfassungsrechtliche Klage gegen sie wurde eingereicht.

Laut peruanischer Verfassung geht das Präsidialamt, wenn Präsident und Vizepräsidentin gestürzt sind, auf den Vorsitzenden des Kongresses über. Das wäre die Abgeordnete Maria del Carmen Alva von der Partei „Acción Popular“, die ultrarechten Sektoren und dem früheren Diktator Fujimori sehr nahesteht. Das ist das Ziel der extremen Rechten.

Juni 2022: Einige Abgeordnete der linken Partei „Perú Libre“ reichen einen Gesetzesentwurf zur Verstaatlichung der Kupferförderung ein. Bodenschätze wie Kupfer und Gold sind in Peru reichlich vorhanden, doch die Minen gehören zu größten Teilen oder ganz ausländischen Bergbaukonzernen (wie zum Beispiel die „Yanacocha-Mine“ bei Cajamarca). Der peruanische Staat bekommt zwar Devisen, doch die arme Bevölkerung hat wenig oder nichts davon.

Mai 2022: Der Ukrainekrieg zeigt seine Auswirkungen auch in Peru mit einer akuten Düngemittel-Knappheit. Eine Versorgungs Krise wird befürchtet.

Der Öl-Konzern „Repsol“, der für die Umweltkatastrophe an der Küste Perus vom Januar verantwortlich ist, wird vom peruanischen Staat angeklagt. Damals liefen ca. 12.000 Barrel Öl aus der Raffinerie „La Pampilla“ ins Meer.

Indigene besetzen „Las Bambas“, die wichtigste Kupfermine Perus, die im Jahr 2014 an chinesische und ein australisches Bergbauunternehmen verkauft wurde. Entgegen früheren Vereinbarungen soll die Kupferfördermenge erhöht werden, dagegen protestiert die indigene Bevölkerung.

Im Laufe des Jahres 2022 geht die erste digitale (!) Kupfermine „Quellaveco“ im Süden Perus in Betrieb. Betreiber ist der Konzern „Anglo American“, die Mine kann von Lima aus gesteuert werden.

März und April 2022: Auch in Peru wird gegen den Krieg in der Ukraine demonstriert, zum Beispiel mit Plakaten „Si a la vida, no a la muerte de Ucrania y Rusia“ (Ja zum Leben, nein zum Tod für die Ukraine und Russland).

In den Straßen von Lima protestieren Hunderte gegen die geplante Freilassung Fujimoris. Auch der interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte widerspricht der Begnadigung des wegen Massakern verurteilten und inhaftierten früheren Ex-Diktators Alberto Fujimori. Das peruanische Verfassungsgericht hatte ihn begnadigt.

Es gibt landesweite Streiks und auch gewaltsame Proteste gegen die Erhöhung der Kraftstoffpreise.

Das Parlament versucht den Präsidenten zu stürzen.

Februar 2022: Die extreme Armut in Lateinamerika ist 2021 auf den höchsten Wert seit 27 Jahren gestiegen, stellte die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (Cepal) fest. 86 Millionen Menschen leiden unter extremer Armut, haben also weniger als 1,90 US-Dollar am Tag zur Verfügung. Das betrifft 13,8 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas und der Karibik. Als Grund wird die Covid-19-Pandemie angegeben. Parallel dazu hat die Ungleichheit zugenommen, die Armutsschere hat sich in ländlichen Gebieten, bei Kindern und indigenen Gemeinschaften noch weiter geöffnet. Und besonders drastisch hat die extreme Armut in Argentinien, Kolumbien und Peru zugenommen, in Peru um 7 Prozent. Die Zahl der (relativ) Armen in Peru ist zwar laut Cepal von 33 auf 32,1

Prozent leicht zurückgegangen, doch insgesamt lebt jetzt fast die Hälfte (46 Prozent) aller Menschen Lateinamerikas und der Karibik in Armut oder extremer Armut.

Die landwirtschaftliche Produktion in Peru konnte im Jahr 2021 trotz Corona erhöht werden. Doch Peru gehört weltweit zu den größten Exporteuren von Spargel, Avocados und Blaubeeren. Zur Armutsbekämpfung tragen diese Exporte wenig bis nichts bei.

Dezember 2021 und Januar 2022: Bevölkerung und Beschäftigte der Kupfermine „Las Bambas“ im Hochland protestieren und blockieren die Mine, zugesagte Vereinbarungen der Minenbetreiber zum Schutz der Bevölkerung wurden nicht eingehalten. Eine Regierungsdelegation vermittelt, neue Vereinbarungen werden getroffen, um den Minenbetrieb wieder zu starten.

Juli 2021: Pedro Castillo, Kandidat der Linken, wird mit knapper Mehrheit in einer Stichwahl zum Präsidenten Perus gewählt. Die Rechte unterliegt nur knapp, die Kandidaten der Mitte schieden in der vorherigen Wahlrunde aus. (Zum Kandidaten der Linken siehe Rundbrief 2021)

(Quellen: FAZ, amerika21)

Und noch ein Hinweis: die Informationsstelle Peru e.V. (www.infostelle-peru.de) bietet Veranstaltungen und Vorträge - auch online - zu Themen wie zum Beispiel „Peruanische Agrarexporte – wem nützen und wem schaden sie?“ oder „Grüne Technologien hier? Zerstörung und Armut dort. Umwelt- und soziale Folgen des Kupferabbaus in Peru“.